

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Max Hildebrandt  
Herausgeber: Max Hildebrandt  
Redaktion: Max Hildebrandt  
Verlag: Max Hildebrandt

Das Blatt ist täglich (ausgenommen Sonn- und Feiertage) zu erscheinen. Die Abnahmebedingungen sind in den Preisverzeichnissen enthalten. Die Abnahmebedingungen sind in den Preisverzeichnissen enthalten.

Druck: Max Hildebrandt  
Verlag: Max Hildebrandt  
Redaktion: Max Hildebrandt  
Verlag: Max Hildebrandt

## V. Papen berichtet dem Reichspräsidenten Am Mittwoch Kabinettsrat über die Wahl Notwendige Folgerungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Nov. Reichskanzler von Papen erhaltete heute nachmittag dem Reichspräsidenten von Hindenburg Bericht über die politische Lage. In dem Bericht wurden in dieser Erörterung, in der ganz allgemein der Wahlausgang besprochen wurde, nach den Mitteilungen unrichtiger Stellen weder vorbereitet, noch gefast. Da man in verschiedenen politischen Kreisen eine Wiederholung der Vertrauensstunde des Reichspräsidenten für den Reichskanzler von Papen anlässlich des Wahlausganges vermehrt hatte, wird nun an zuständiger Stelle darauf verwiesen, dass der Reichspräsident von Hindenburg in einer bisher in seiner Amtszeit noch nicht geübten Weise dem Reichskanzler erst vor acht Tagen sein persönliches und sachliches Vertrauen zum Ausdruck gebracht habe, und dass es nur eine Abwärtsbewegung bedeuten würde, wenn er jetzt die gleiche Vertrauensstunde wiederholt hätte.

Das Kabinettsrat selbst wird voraussichtlich am Mittwoch zu seiner ersten Sitzung nach den Wahlen zusammenkommen.

Um den Arbeitsstoff für die nächste Zeit zu erleichtern. Im Vordergrund der Kabinettsarbeiten werden die bisher noch nicht entschiedenen Fragen der Pararückstellungen, der Subventionierten Betriebe sowie die Probleme, die sich aus Reichs- und Verfassungsreform ergeben, stehen. Am Dienstag tritt bekanntlich der Verfassungsausschuss des Reichsrates wieder zu einer Sitzung zusammen, der am Donnerstag die Vollendung des Reichsrates folgen wird.

Die parlamentarischen Möglichkeiten, die sich aus den Wahlen ergeben haben, bilden zwar den Gegenstand von Erörterungen in den interessierten politischen Kreisen, jedoch ist vorerst diesen Erörterungen ein Wert nicht beizumessen. Man wird hier erst einmal die Fähigkeit der Parteien abwarten müssen, ehe man sagen kann, ob größere Veränderungen zu erwarten sind. Ob

das in Linkskreisen kolportierte Gerücht, daß der Reichskanzler die Parteien der Rechten und der Mitte bis zum Zentrum und der Bayerischen Volkspartei für die Unterstützung der Reichsregierung zu gewinnen versuchen werde, eine reale Grundlage hat, werden erst die späteren Handlungen der Regierung zeigen. Ein Empfang der Parteiführer durch den Reichskanzler ist, wie wir hören, bisher noch nicht vorgesehen. Ob ein solcher im Laufe der nächsten Zeit stattfinden wird, steht noch dahin.

### Zwei Aufrufe Hitlers

München, 7. Nov. Hitler hat zwei weitere Aufrufe an die SA-Führer und SA-Männer sowie an die Amtswalter der Partei gerichtet. Es heißt darin u. a.: „Ich danke auch für die ungeheure Arbeit in diesem bisher schwersten Kampfe unserer Bewegung. Ich weiß, mit wieviel Opfern und Leid, Sorge und Entbehrung Ihr kämpft, aber ich kann es nicht zugeben. Wir alle glauben, unter Höchstes getan zu haben. Wir müssen uns aberwinden und noch mehr leisten. Der Kampf muß und wird zu Ende geführt werden, bis unser Gegner am Ende vernichtet ist. Ich bestimme daher folgendes: Die SA und SS haben sofort im engsten Einvernehmen mit der politischen Propagandaleitung der Partei die Arbeit und den Kampf erneut aufzunehmen.“

### Die SPD verlangt Einberufung des Reichstages

Berlin, 7. Nov. Die neugewählte kommunistische Reichstagsfraktion hat die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt. Sie wird u. a. einbringen ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinettsrat und einen Antrag, die im Verlaufe des Reichstages durchgeführten Inhaftierungen freizulassen und alle durch die ordentlichen oder Sondergerichte gefällten Urteile aufzuheben.

## Der Berliner Verkehrsstreik abgebrochen

### Ab Dienstag wieder voller Betrieb

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Nov. Aus Anlaß des Berliner Verkehrsstreiks wurden vom Verkehrsminister im Reichspräsidenten gegen 30 Personen Haftbefehle wegen Landfriedensbruchs, schweren Landfriedensbruchs oder wegen Transportgefährdung erlassen. Die weniger schwerwiegenden Fälle werden von dem Einzelrichter im Polizeipräsidium in den nächsten Tagen abgeurteilt werden. In sechs Fällen hat die Staatsanwaltschaft gegen insgesamt zehn Personen die Hauptverhandlung vor dem Sondergericht wegen Transportgefährdung bzw. schweren Landfriedensbruchs beantragt.

Die Wiederaufnahme des Verkehrs hat im Laufe des Montagmorgens erhebliche Fortschritte gemacht, da sich Arbeitswillige in großer Zahl meldeten.

Am Nachmittag verkehrten bereits 67 Straßenbahnlinien mit insgesamt 710 Wagen, während sonst im normalen Fall, 1008 im Betrieb sind. Auch der S-Bahn- und U-Bahnverkehr kam im verstärkten Umfang in Gang. Der Omnibusverkehr wurde auf 15 Linien mit 200 Fahrzeugen beschränkt. Ab 8 Uhr abends wurde der Verkehr aus Sicherheitsgründen allmählich wieder eingestellt, so daß gegen 9 Uhr die letzten Bahnen verkehrten. Da sich der Verkehr wieder einigermaßen einstellte, konnte am Montag schon darauf verzichtet werden, sämtliche Fahrzeuge mit

Polizeischutz zu versehen. Lediglich die Fahrzeuge, die durch besonders gefährdete Gegenden führen, wurden noch durch Polizeibeamte begleitet.

Am Dienstag soll auf sämtlichen Straßenbahn- und Omnibuslinien der gesamte Verkehr wieder schrittweise durchgeführt werden.

Im weiteren Verlauf des heutigen Tages sind dem Verkehrsminister im Polizeipräsidium abermals 50 Personen vorgeführt worden, die im Zusammenhang mit Ausschreitungen gegen Straßenbahnwagen festgenommen worden waren. Wegen 26 Straftaten wurde Haftbefehl wegen Landfriedensbruchs und verbotlicher Transportgefährdung erlassen.

### Die Streikleitungen blasen ab

Berlin, 7. Nov. Zwischen dem kommunistischen und dem nationalsozialistischen Flügel der Leitung des Berliner Verkehrsstreiks ist, wie eine Mitteilung von kommunistischer Seite erkennen läßt, ein Konflikt ausgebrochen. Die Nationalsozialisten haben mit der Erklärung, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition den Streik verraten habe, ihren Anhängern die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen.

Die kommunistische Streikleitung teilt mit, daß sie den Berliner Verkehrsstreik nunmehr abbroche. Es ist so mit damit zu rechnen, daß der Verkehr bei der SPD am Dienstag in vollem Umfang wieder aufgenommen wird.

## Erbitterter Wahlkampf in Amerika

### Letzte Anstrengungen der Kandidaten

New York, 7. Nov. Der amerikanische Wahlkampf wird von den Parteien mit ungewöhnlicher Erbitterung geführt. Man nimmt an, daß am Dienstag etwa 41 Millionen amerikanische Wähler zu den Wahlurnen gehen werden. Die Kandidaten für Roosevelt haben sich weiter verbessert, da die weißen Republikaner und zahlreiche bisher jüdische Industrielle und Bankiers sich für ihn erklärt haben. Senator Borah hat sich bisher nicht festgelegt, dürfte aber voraussichtlich für Hoover stimmen.

In Wallstreet stehen die Wetten 7:1 für Roosevelt.

Präsident Hoover richtete am Montagabend auf seiner Fahrt in seine Heimatstadt Palo Alto aus dem Salonwagen von einer einläufigen Eisenbahnstation in den Rocky Mountains einen letzten Radioappell an die Wähler. Coolidge, Roosevelt, Smith und Garner sprachen gleichfalls im Rundfunk und behandelten die für Amerika wichtigsten Fragen der Prohibition, der Schulden und des Wiederaufbaues der Wirtschaft. — Man erwartet übrigens allgemein einen

starken Stimmengewinn für den sozialistischen Kandidaten Thomas. Die demokratische U-Wahlreklame hämmert dem Publikum ein:

„Front auch, daß das Schlimmste vorüber ist“

oder: „Nur noch wenige Monate Hoover-Regierung.“ Grobes Ausrufen erregte es, daß weiße Studenten zum ersten Male im New Yorker Regierungsviertel Darlehen in einem großen Propagandaumzug zugunsten des sozialistischen schwarzen Repräsentantenkandidaten Crosway organisiert.

Am Dienstag werden in den Vereinigten Staaten gewählt: Der Präsident, der Vizepräsident, die Senatoren in 33 und die Abgeordneten in 47 Staaten, ferner die Gouverneure in 34 und verschiedene Beamte in 33 Staaten. Außerdem findet in 11 Bundesstaaten eine Prohibitionskandidatur statt. Man rechnet allgemein mit einem großen Sieg Roosevelts, weniger wegen seiner überzeugenden Argumente als wegen Mißstimmung gegen das bisherige System.

Was wir bei der ersten Betrachtung des Wahlergebnisses vorausgesetzt haben, ist prompt eingetroffen: Alle Parteien sind vom Ausgang des 8. November befriedigt. Soweit der Grund zur Befriedigung nicht in den eigenen Erfolgen gegeben ist, findet jede einzelne Anlaß, sich am Schaden des Nachbarn zu ergötzen. Solche Reaktionen mögen recht gut für den Hausgebrauch sein, sie können aber den unvorhergesehenen politischen Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen hinwirken. Ungetrübt ist eigentlich nur die Freude der Kommunisten. Außer ihnen bleiben die bürgerlichen Rechtsparteien die einzigen Gewinner, doch läßt der Ernst der Gesamtlage auch bei ihnen keine echte Siegesstimmung aufkommen. Den Sozialdemokraten wird die Freude am nationalsozialistischen Rückgang durch die eigenen, verhältnismäßig nicht viel geringeren Verluste vergällt. Die Nationalsozialisten schließlich trösten sich damit, daß sie sich unter ungünstigsten Umständen wieder geschlagen haben und daß ihre Machtstellung in dieser Feuerprobe unerwartet geblieben ist.

Wären sich diese Erläuterungen vom Parteienstandpunkt aus verstehen, so kann man das gleiche nicht von der ersten Erklärung der Reichsregierung sagen, die das Wahlergebnis ebenfalls zu ihren Gunsten auslegt. Es ist anzunehmen, daß dieser Optimismus des ersten Augenblicks vom weiteren Verlauf der Dinge nicht gerechtfertigt wird. Denn das Präsidialkabinettsrat auch zunächst vom Druck der schwarzen Mehrheit befreit ist, so hat es doch wenig damit gewonnen, daß es im neuen Reichstag vielleicht 75 statt 50 Anhänger und an die 500 Gegner findet. Der in der Regierungserklärung gemachte Verlust, die Nichtwähler für die Regierung in Anspruch zu nehmen, ist für die praktische Politik ein untaugliches Mittel und nicht einmal ausreichend, um eine theoretische Regierungsmehrheit auch nur annähernd zu konstruieren. So leicht kann man sich die Aufgabe, den Knoten der deutschen Innenpolitik zu lösen, nicht machen. Wenn es weiter als die Absicht der Regierung bezeichnet wird, die Arbeitslosigkeit des neuen Reichstages an seiner Stellungnahme zur Verfassungsreform zu prüfen und sein Schicksal davon abhängig zu machen — das scheint schon die erste Drohung mit einer neuen Auflösung zu sein! — so dürften sich auch gegen diesen Plan Widerstände erheben. Vor der Abstimmung über die Verfassungsänderung stünden wahrscheinlich Mißtrauensvoten und Anträge auf Aufhebung von Notverordnungen, denen die Regierung nicht ausweichen kann, wenn sich nicht der Vorgang vom 12. September wiederholen soll. Da die Verfassung aber eine mehrmalige Reichstagsauflösung aus demselben Grunde ausdrücklich untersagt, ist eine Fortsetzung der Konfliktspolitik mit dem Parlament über diesen Augenblick hinaus nur durch irgendeine Form des „Staatsrechts von oben“ denkbar. Aber auch dann, wenn man annimmt, daß die Taktik der Regierung glückt und daß es ihr gelingt, die Verfassungsvorlage im Reichstag zur Abstimmung zu bringen, ist noch keine legale Lösung abzusehen. Auch bei der neuen Zusammensetzung des Reichstages ist die Ablehnung sicher. Der Weg über den Reichsrat ist verfassungsrechtlich stark umstritten und überdies durch die Folgen des Verbotiger Urteils verperret. Wenn die Regierung also ihre Verfassungsänderung nicht einfach außerhalb der verfassungsmäßigen Möglichkeiten durch Verordnung in Kraft setzen will, bleibt ihr nur die Möglichkeit, die vom Parlament abgelehnte Vorlage durch den Reichspräsidenten zum Volksentscheid stellen zu lassen. Aus den Ergebnissen des 8. November läßt sich leicht ersehen, daß sie auch auf diesem Weg einer sicheren Niederlage entgegengeht.

So liegen die Dinge, wenn man sie realpolitisch und nicht nach den eigenen Wünschen beurteilt. Sie fordern gebieterischer denn je die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte in der Verantwortung und Machtverteilung. Wenn sich die bisherigen Gegner in ihren ersten Erklärungen nach der Wahl auf ihren Standpunkt verstellen, dann ist das als taktischer Zug zu bewerten, um günstige Ausgangsstellungen für die allseitig als notwendig empfundenen Verhandlungen zu schaffen. Die nächste Entscheidung liegt jetzt weder bei Papen noch bei Hitler, sondern wieder beim Reichspräsidenten. Sein politisches Leitmotiv heißt Einigung. Darum ist anzunehmen, daß er seinen Versuch vom 13. August unter den veränderten Umständen wiederholen wird. Das dürfte ihm um so leichter fallen, als nach dem Wahlausgang für ihn keine Veranlassung vorliegt, von dem guten Gedanken der Präsidialregierung abzuweichen und in das System der Parteikoalitionen zurückzufallen. Auch in der von Brüning begründeten und von Papen fortgeführten Regierungsform ist eine Lösung wohl möglich, wenn nur überall der gute Wille zur wirklichen nationalen Konzentration zum Durchbruch kommt. Allerdings nur unter der Bedingung, daß Verfassungsverträge nicht zu Prestigefragen gemacht werden. In diesem schwierigen Punkt ist für beide Seiten Arbeit und Mühsal geboten. Die nationale Einigung darf nicht wieder an einem Namen scheitern. Der Reichskanzler hat in seiner Rundfunkrede am Freitag selbst gesagt: „Es geht nicht darum, ob der Mann Hitler, Papen oder Brüning heißt, sondern darum, daß wir uns zusammenfinden, um die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zu sichern.“ Auf Grund

Vertical text on the left margin containing various numbers and small text fragments.